



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Die wichtigsten Themen der Plenarwoche

1. Nachtragshaushalt

Die Landesregierung hat am Donnerstag einen Nachtragshaushalt eingebracht. Er sieht zusätzliche Ausgaben in Höhe von 1,3 Mrd. € vor. Insgesamt plant das Land damit 2017 1,55 Mrd. € Schulden ein. Finanzminister Lienenkämper sagte, dass das Geld dafür vorgesehen sei, die größten Fehler der Vorgängerregierung zu beheben. [Mehr zu den angestrebten Maßnahmen von Schwarz-Gelb auf Seite 2 dieses Newsletters.](#)

Causa Schulze Föcking

Die Ministerin hat in Ausschuss und Plenum umfassend und sachlich Stellung bezogen. Die unabhängige Fachaufsicht hat keine Mängel festgestellt. Der skandalisierende Popanz der Oppositionsfraktionen ist in sich zusammengebrochen.

Geld für Kitas, Unterrichtsausfall, Rückkehr zu G9

Zahlreiche Kitas im Land sind unterfinanziert. Noch in 2017 stellt die neue Landesregierung eine halbe Mrd. € für die nächsten beiden Kindergartenjahre zur Verfügung. Der Unterrichtsausfall soll digital und schulscharf erfasst werden. Mit der Rückkehr zu G9 im Schuljahr 2019/2020 korrigiert die Landesregierung eine Fehleinschätzung. Schulen, die es vor Ort anders wünschen, können bei G8 bleiben.

Regierungserklärung von Armin Laschet

Ministerpräsident Armin Laschet hat in die Leitlinien des NRW-Koalition im Plenum vorgestellt. Er sprach dabei von Umbrüchen und Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Damit meinte er u.a. Digitalisierung, Globalisierung, internationale Konflikte und weltweite Migrationsströme.

„Neuen Aufbruch wagen“

Die NRW-Koalition steht für einen Ansatz, der „Maß und Mitte wahrte“. Gemeinsam mit Kirchen, Gewerkschaften, Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen wollen wir den gesellschaftlichen Wandel mitgestalten.

Sommerfest der CDU-Landtagsfraktion



1.100 angemeldete Gäste waren ein neuer Rekord für das traditionelle Sommerfest. Es bot Gelegenheit zu vielen Begegnungen, wie hier auf dem Foto zu sehen u.a. mit dem

Landtagspräsidenten André Kuper.

Posten für Hagemeyer: Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen

Einstimmig wählte die CDU-Landtagsfraktion Daniel Hagemeyer zum neuen Beauftragten für Menschen mit Beeinträchtigungen. Er ist damit das Bindeglied zwischen Politik und Verbänden und wird die Informationen, die er aus Gesprächen gewinnt, in die Arbeit der Fraktion einfließen lassen.



Daniel Hagemeyer

Mitglied des Landtags von Nordrhein-Westfalen

Mehr Polizei in NRW

Die Landesregierung will zusätzliche 1,5 Mio. € für mehr Polizisten zur Verfügung stellen. Konkret sind 118 Stellen zur Terrorbekämpfung landesweit vorgesehen. Von 2018 bis 2022 sollen neben 500 Polizeiverwaltungsassistenten jedes Jahr 2.300 Kommissaranwärter eingestellt werden.

Krankenhausfinanzierung

250 Mio. € jährlich mehr als zuvor geplant sollen in die Krankenhausfinanzierung fließen. Die Kommunen, die vorher auch einen Eigenanteil von 40% an diesem Posten hatten, werden auch jetzt diesen Anteil, also 100 Mio. € tragen.

Schulen

3,5 Mrd. € für Investitionen finanzschwacher Kommunen in die Schulinfrastruktur stellt die Bundesregierung den Ländern zur Verfügung. 32% davon, also 1,12 Mrd. €, fließen nach Nordrhein-Westfalen. Die Landesregierung wird die Mittel vollständig an Kommunen und Kreise weiterleiten. Für den Kreis Warendorf und die kreisangehörigen Städte und Gemeinden macht dies insgesamt fast 14 Mio. € Mehreinnahmen aus.

Abschaffung des „Kommunal-Soli“

Die Städte und Gemeinden in unserem Kreis Warendorf werden ab 2018 um über eine halbe Mio. € entlastet. Der unter Rot-Grün kreierte „Kommunal-Soli“ wird abgeschafft. Die NRW-Koalition setzt damit ihr Versprechen um, die Kommunen zu entlasten. Für Beelen (101.022,36 €), Everswinkel (19.828,71 €) und Oelde (403.048,74 €) schafft diese Entscheidung aus Düsseldorf zusätzliche Handlungsspielräume.



500 Mio. € für Kindertagesstätten

Für die Kitas in Nordrhein-Westfalen gibt es eine dringend notwendige Finanzspritze vom Land. Das Geld soll für die Kindergartenjahre 2017/2018 und 2018/2019 zur Verfügung gestellt werden, um drohende Schließungen zu vermeiden.